

vorwärtsEXTRA



ZUFLUCHTSORT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wer als Flüchtling nach Deutschland kommt, sucht vor allem Sicherheit. Sirwan Baban hat sich hier eine neue Existenz aufgebaut – und mit seiner ehrenamtlichen Arbeit auch viel Anerkennung gefunden.

Sirwan Baban kann die Situation von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein beurteilen. Vor 18 Jahren ist er selber als Flüchtling nach Deutschland gekommen. Als Kurde im Irak politisch verfolgt, machte er sich mit seiner Frau und den beiden kleinen Kindern auf den Weg in die Freiheit. Über die Türkei und Griechenland kam die junge Familie zunächst nach Bayern.

Seit 2006 lebt Sirwan Baban in Kiel. Er arbeitet als Dolmetscher (für Kurdisch, Arabisch, Türkisch und Persisch) und Betreuer. Der gelernte Sozialarbeiter kümmert sich auch ehrenamtlich um Flüchtlinge beim Projekt „St@rtbüro“, einer An-

laufstelle für Migranten in Kiel-Mettenhof. Seit über zehn Jahren ist er Mitglied der SPD.

„Was in Schleswig-Holstein läuft, ist vergleichsweise gut“, so seine Einschätzung. Hier finden die Flüchtlinge Sicherheit und eine Zukunftsperspektive. In der Zentralen Gemeinschaftsunterkunft in Neumünster werden die Neuankömmlinge gut versorgt. Der 45-Jährige sieht aber auch Unterschiede: „In Bayern habe ich mich immer als Asylant gefühlt, in Schleswig-Holstein bin ich ein Mensch.“ Im Norden herrsche eine andere Mentalität.

Viele Flüchtlinge seien hoffnungslos und verzwei-

felt, Schleuser haben ihnen oft ihr gesamtes Geld abgenommen. Deutschland und Skandinavien seien die bevorzugten Ziele, denn hier gehe es menschlich zu. Zwar seien die Asylverfahren mit viel Bürokratie verbunden, „aber das gehört dazu“, sagt Sirwan Baban. Deutschland sei eben ein Rechtsstaat.

Land und Kommunen sind gefordert

Die steigende Zahl von Flüchtlingen fordert von Land und Kommunen zusätzliche Anstrengungen. Serpil Midyatli, migrationspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, ist dennoch optimistisch: „Wir werden alle gut unterbrin-



FOTO: STEFFEN VOSS

Sirwan Baban setzt sich beruflich und ehrenamtlich für Flüchtlinge ein. Eine Zeitung in Neumünster nominierte ihn 2003 für die Wahl zum „Mensch des Jahres“.

gen. Aber wir haben auch höhere Ansprüche an die Qualität als andere Bundesländer.“ Ziel sei die dezentrale Unterbringung.

In den zentralen Einrichtungen für die Erstaufnahme in Neumünster und künftig in Boostedt sollen die Flüchtlinge nur einige Monate zubringen. Hier werden die Asylanträge gestellt. „Das schafft auch einen Zeitpuffer. Die Kommunen können sich besser auf die Neuankömmlinge vorbereiten“, erklärt Serpil Midyatli. ■

VORRANGIG DEZENTRAL

Schleswig-Holstein hat eine lange und erfolgreiche Tradition bei der Integration von Zuwanderern. Die SPD hat mit ihrer humanen Flüchtlingspolitik seit mehr als 20 Jahren Maßstäbe gesetzt. Der Grundgedanke: Integration kann nur dezentral funktionieren.

INFORMATIONEN FÜR DIE KOMMUNALPOLITIK

Als Information und Arbeitsgrundlage für die Kommunalpolitik hat die SPD-Landtagsfraktion eine Handreichung entwickelt. Das Papier gibt Tipps und enthält eine Liste mit Institutionen und Einrichtungen, die Rat und Hilfe geben können. Die Handreichung kann beim Arbeitskreis angefordert werden: m.heinrich@spd.ltsh.de

SOZIALRATSCHLAG

Die Situation der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein ist auch ein Thema beim 6. Sozialratschlag der SPD-Landtagsfraktion. Für die Diskussion stehen Michael Treiber, Leiter der Fachdienste für Migration und Integration der AWO Schleswig-Holstein, und Serpil Midyatli, Sprecherin für Integration der SPD-Landtagsfraktion, zur Verfügung. Dienstag, 11. November, 18.30 Uhr, Kiel, Landeshaus, Raum 342. Verbindliche Anmeldung erforderlich bei: m.heinrich@spd.ltsh.de ■

FLÜCHTLINGE BESSER INTEGRIEREN

Bildung und Sprachförderung haben Schlüsselfunktion.

Schleswig-Holstein muss sich auf den Zuzug weiterer Asylbewerber einstellen. „Ich rechne mit jeweils rund 6700 Flüchtlingen in diesem und im nächsten Jahr“, sagte Innenminister Stefan Studt. Land und Kommunen mobilisierten alle Kräfte, um die Menschen angemessen unterzubringen.

Er warnte davor, über die Flüchtlingspolitik einen parteipolitischen Streit zu



FOTO: DD

Stefan Studt ist seit dem 26. September Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein.

führen. Auch Zuständigkeitsdebatten, wer wen unterbringen müsse, und wer welche Kosten zu tragen habe, seien in der augenblicklichen Lage fehl am Platze. „Die Menschen, die aus größter Not und Todesangst zu uns kommen, brauchen schnelle, praktische und unbürokratische Hilfe“, sagte der Minister. Er sei sicher, dass es dafür in der Bevölkerung breite Zustimmung gebe.

Stefan Studt hat am 1. Oktober für ein Jahr turnusmäßig den Vorsitz in der Integrationsministerkonferenz übernommen. Vor dem Hintergrund der Entwicklung

vor allem im Nahen Osten sprach er sich für einen nationalen Flüchtlingsgipfel aus.

Er will sich verstärkt für eine praktische Umsetzung der Willkommens- und Anerkennungskultur einsetzen. Es gehe vorrangig um Fragen der Bildung, der Unterbringung, der Beratung, der Sprachförderung und des Zugangs in den Arbeitsmarkt. „Flüchtlingspolitik und Integrationspolitik müssen zusammen gedacht werden“, sagte der Minister. Menschen müssten spüren, dass sie in Deutschland willkommen seien und dazu gehörten. ■

MENSCHEN ZUM WÄHLEN MOTIVIEREN

Der Landesparteitag am 27. September stand auch im Zeichen der Parteiorganisation. Großen Raum nahm die Diskussion über den friedenspolitischen Leitantrag ein.

Als Gastrednerin zeigte sich SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi besorgt über rückläufige Wahlbeteiligungen. „Unser größter Feind ist die Gleichgültigkeit der Menschen“, beklagte sie vor den Delegierten des Landesparteitags in der Lübecker Musik- und Kongresshalle.

Die SPD sei groß geworden, weil sie mit den Menschen im Dialog steht. Hier wolle der Parteivorstand mit einer Nachbarschaftskampagne anschließen. „Die SPD wird Glaubwürdigkeit nur erhalten, wenn sie den Dialog in der Nachbarschaft

sucht“, erklärte die Generalsekretärin. Wahlmüdigkeit zu bekämpfen, heiße gute Politik machen, Politik die die Menschen verstehen.

Die Außen- und Sicherheitspolitik stehe vor neuen Problemlagen. „ISIS“ sei nicht nur politisch radikal, sondern verfolge das Ziel, andere Religionsgemeinschaften in der Region auszulöschen. „Es ist in dieser Situation nicht möglich, moralisch unantastbar zu sein“, sagte sie im Hinblick auf Waffenexporte. Der Parteitag sprach sich dafür aus, Waffenexporte in Krisenregionen zu verbieten. ■



Generalsekretärin Yasmin Fahimi in Lübeck: Wahlmüdigkeit bekämpfen durch Dialog.

BESCHLÜSSE ZUR FRIEDENSPOLITIK UND ZUR PARTEIORGANISATION

LEITANTRAG ZUR FRIEDENSPOLITIK

Im Mittelpunkt des Landesparteitags stand die Debatte über den Leitantrag zur Friedenspolitik. Die Ortsvereine, Kreisverbände und Arbeitsgemeinschaften hatten gut 60 Änderungsanträge eingebracht. Nach einer engagierten Debatte wurden viele Änderungen in den Antrag aufgenommen, der

schließlich mit großer Mehrheit beschlossen wurde.

Angenommen wurde ebenfalls ein Antrag, der weitgehende Beschränkungen für Rüstungsexporte fordert.

Weitere Beschlüsse beziehen sich auf die Osteuropapolitik im Zeichen der Ukrainekrise und die Unterstützung für nachhaltige Entwicklung.

PARTEIORGANISATION

Die Leitanträge zur SPD als Volkspartei und zur Modernisierung der Parteiorganisation wurden ebenfalls mit großen Mehrheiten beschlossen.

Das Beschlussbuch kann im Internet heruntergeladen werden:

www.spd-sh.de/landesparteitag ■

DIE KÜSTEN-KOALITION HÄLT IHREN KLAREN KURS

Mit schnellen Nachfolgeentscheidungen im Kabinett zeigt das Regierungsbündnis Handlungsfähigkeit und Kontinuität.

Zwei Ministerwechsel in kurzer Zeit – Ministerpräsident Torsten Albig und Landesvorsitzender Ralf Stegner erläuterten den Delegierten des Landesparteitags die politischen Hintergründe und den künftigen Kurs im Kieler Landeshaus.

Ministerpräsident Torsten Albig forderte Solida-

rität mit der zurückgetretenen Bildungsministerin Waltraut Wende. Die Angriffe auf die Ministerin seien nur Fassade für einen Angriff auf eine bessere Bildungspolitik. Den Rücktritt von Innenminister Andreas Breitner bedauere er sehr: „Ich bin schon enttäuscht“, bekannte der Regierungschef.

Britta Ernst und Stefan Studt seien als Nachfolger zwei sehr selbstbewusste Sozialdemokraten und zwei „starke Säulen im Kabinett“. Beide hätten sofort und ohne zu zögern, ohne zu zaudern ja gesagt. Die Koalition sei gewachsen und stärker geworden. „Wir sind kurz in die Knie gegangen, aber wir sind sofort wieder aufgestanden“, beruhigte Torsten Albig.

Landes- und Fraktionsvorsitzender Ralf Stegner

betonte, dass Änderungen in der Mannschaft nichts am Mannschaftsziel ändern. Nicht das Ich, sondern das Wir stehe im Vordergrund. Er bedankte sich bei Waltraut Wende, die sozialdemokratische Bildungspolitik in Schleswig-Holstein gegen Konservative und Liberale vertreten habe. „Es war auch nicht schön, dass Andreas

Breitner aus dem Amt geschieden ist“, kritisierte Ralf Stegner. Auch ihm gelte Dank für seine Arbeit als Innenminister und stellvertretender Landesvorsitzender. Der Fraktionsvorsitzende kündigte eine Initiative an, die Karenzzeiten für ausscheidende Regierungsmitglieder auf zwei Jahre auszuweiten. ■



Torsten Albig: Zwei Starke neue Säulen im Kabinett.



Ralf Stegner: Längere Karenzzeiten sind erforderlich.

WECHSEL IM LANDTAG

Die SPD-Landtagsabgeordnete Gitta Trauernicht hat ihr Landtagsmandat aus persönlichen Gründen niedergelegt. „Die SPD-Landtagsfraktion dankt Gitta Trauernicht für ihren langjährigen Einsatz“, erklärte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Ralf Stegner. Sie war zehn Jahre engagiert auf der schleswig-holsteinischen politischen Bühne aktiv – von 2004-2009 als Sozial-, Familien- und Gesundheitsministerin, seit 2005 als Mitglied der Fraktion. „Als profilierte Sozialpolitikerin und analytische Denkerin wird sie der Fraktion fehlen“, bedauerte Ralf Stegner.

Als neues Mitglied der Fraktion wird Thomas Hölck aus dem Kreis Pinneberg nachrücken. Der 52-jährige Bauingenieur war bereits von 2005 bis 2009 Mitglied des Landtages. ■

WIR HABEN NOCH VIEL VOR!

In diesen Tagen versucht die Opposition, allen voran die CDU unter neuer Fraktionsführung, aber auch Teile der Medienlandschaft, unserer Küstenkoalition eine Krise einzureden. Angst machen muss uns das aber keineswegs. Der neue Oppositionsführer im Landtag bemühte sich im Oktober, eine Regierungskrise darzustellen – ohne Erfolg und ohne Niveau. Deutlich wurde dagegen eine Oppositionskrise. Gerade der CDU fehlen Ideen und Konzepte.

Tatsache ist: Es gab zwei Rücktritte von Kabinettsmitgliedern – Bildungsministerin Wara Wende und Innenminister Andreas Breitner – und beide Ressorts wurden mit Britta Ernst (Bildung) und Stefan Studt (Innen) schnell und exzellent wieder besetzt.

In der Folge kam es zu einem neuen Ressortzuschnitt, der mehrere Ministerien betraf. Ausgelöst wurden diese Veränderungen durch mögliche Interessenskonflikte aufgrund der Verschwägerung unserer neuen Bildungsministerin mit dem Vorstandsvorsitzenden des Universitätsklinikums, denn dieses war bisher der Fachaufsicht des Bildungsministeriums unterstellt. Um eben solche Interessenskonflikte zu vermeiden, hat der Ministerpräsident die Zuständigkeit für den Hochschulbereich – zu dem das UKSH gehört – im Sozialministerium angesiedelt und die berufliche Bildung ins Bildungsministerium gegeben.

Die Landesregierung war zu keiner Zeit „handlungsunfähig“. Auch

künftig werden wir den Hochschulbereich nicht vernachlässigen.

Wir haben außerdem angekündigt, einen Gesetzentwurf für Karenzzeiten einzubringen. Viele Beispiele der jüngsten Zeit – eben auch aus den eigenen Reihen, und da darf es keine Doppelmoral geben – haben uns die Notwendigkeit einmal mehr vor Augen geführt. Wichtig ist mir, für Wechsel zwischen Jobs in Politik und Privatwirtschaft klare Regeln zu definieren. Diese müssen Transparenz schaffen, dürfen Politikerinnen und Politiker aber auch nicht per se schlechter stellen, denn ich bin mir sicher, dass „Seiteneinsteiger“ auch künftig ein Gewinn sein werden.

Die Koalition wird dabei – wie auch bei allen ande-



FOTO: SUSIE KNOLL/SPD-PI

ren Themen auf der Agenda – sehr gut zusammenarbeiten. Gemeinsam mit den Grünen und dem SSW werden wir in den nächsten Wochen eine positive Halbzeitbilanz ziehen. Dazu haben wir allen Grund und auch für die nächsten Jahre haben wir noch viel vor.

Herzlich, euer Ralf Stegner

SPD

DIE SPD REGIERT – DAS LAND KOMMT VORAN REGIONALKONFERENZ

■ **HEIKO MAAS**
BUNDEJUSTIZMINISTER

■ **YASMIN FAHIMI**
SPD-GENERALSEKRETÄRIN

■ **TORSTEN ALBIG**
MINISTERPRÄSIDENT

■ **RALF STEGNER**
SPD-LANDESVORSITZENDER
Neumünster, Altes Stahlwerk
1. Dezember 2014, 18.30 Uhr

TERMINE

- **1. November, 10 Uhr**
Ordentlicher Kreisparteitag
Segeberg. Mit Ralf Stegner,
SPD-Landesvorsitzender. Kisdorf,
Margarethenhoff.
- **1. November, 10 Uhr**
Ordentliche Landeskonferenz
der AG SelbstAktiv. Niebüll, Frie-
sischer Wohnpark der Stiftung
Uhlebüll.
- **3. November, 19 Uhr**
Priorität für die Bildung! Mit
Schulministerin Britta Ernst.
Pinneberg, Ratssitzungssaal.
- **8. November, 10 Uhr**
Ordentlicher Kreisparteitag
Dithmarschen. Mit Ralf Stegner,
SPD-Landesvorsitzender. Sarz-
büttel, Zum Lindenhof.
- **8. November, 11 Uhr**
Kommunale Bildungskonferenz,
AfB und SPD-Landtagsfraktion,
Kiel, Landeshaus, Anmeldung:
b.januszczyk@spd.ltsh.de
- **13. November, 19 Uhr**
Blaues Wachstum – nachhaltige
Entwicklung. Welche Chancen
bietet eine „integrierte Meeres-
politik“ für Schleswig-Holstein?
Friedrich-Ebert-Stiftung, NordFo-
rum Kiel. Kiel, Legienhof.
- **15. November, 10 Uhr**
Außerordentlicher Kreisparteitag
Nordfriesland. Bredstedt, Bred-
stedter Sool.
- **15. November, 10 Uhr**
Ordentliche ASF-Landesfrauen-
konferenz. Lübeck, Vereinsheim
Rot-Weiß Moisling von 1911 e.V.
- **18. November, 18.30 Uhr**
Arbeitsgemeinschaft der
Sozialdemokraten/-innen im
Gesundheitswesen (ASG).
Mitgliederversammlung. Mit
Kristin Alheit, Gesundheitsminis-
terin. Neumünster, Hotel Prisma.
- **19. November, 18.30 Uhr**
Vollversammlung der AG Migra-
tion und Vielfalt. Büdelsdorf,
Hotel Heidehof.
- **15. November, 10 Uhr**
Außerordentlicher Kreisparteitag
„Inklusion“. Reinbek, Begeg-
nungsstätte Neuschönningstedt.

WIR GRATULIEREN IM NOVEMBER

- ZUM 101. GEBURTSTAG:**
Emil Matzkuhn, Wilster
- ZUM 99. GEBURTSTAG:**
Alfons Schlütter, Flensburg
- ZUM 95. GEBURTSTAG:**
Alwin Albers, Wedel
Herbert Pianka, Wattenbek
- ZUM 94. GEBURTSTAG:**
Helmuth Ketelsen, Wobbenüll
Lieselotte Stützer, Heide
- ZUM 93. GEBURTSTAG:**
Renate von Gebhardt, Süsel
- ZUM 92. GEBURTSTAG:**
Helmut Bargmann, Bergenhusen
Margarethe Grundler, Itzehoe
Friedhelm Kuhlen, Oeversee
Annemarie Thiel, Kiel
- ZUM 91. GEBURTSTAG:**
Werner Bruhn, Rabel
Walter Gruenitz, Oststeinbek
Uwe Harder, Neumünster
Sophie Ketelsen, Wobbenüll
Karl Schroeder, Owschlag
- ZUM 90. GEBURTSTAG:**
Lisa Gäth-Tikovsky, Süderbrarup
Paul Schmidt, Ascheffel
Ruth Schmidt, Lübeck
Hildegard Suckau, Sylt

NEUE PRESSESPRECHERIN



Mareike Overbeck (rechts) übernimmt ab 1. November die Aufgaben der Pressesprecherin des SPD-Landesverbands und der persönlichen Referentin des Landesvorsitzenden. Die Politikwissenschaftlerin tritt die Nachfolge von Elena Pieper (links) an, die eine neue Aufgabe in Berlin übernimmt. ■

JUSOS IN DER PRAXIS

Vom 13. bis 19. Oktober haben die Jusos Schleswig-Holstein eine Praxiswoche durchgeführt. In diesem Zeitraum besuchten Jusos aus den einzelnen Kreisverbänden Unternehmen, Initiativen, Einrichtungen und soziale Träger, um einen Tag lang die Arbeit und Situation vor Ort kennenzulernen. Ziel der Praxiswoche ist, ein Bild der Arbeits- und Lebenswelt in Schleswig-Holstein zu zeichnen und das Engagement der Menschen vor Ort wertzuschätzen.

Der stellvertretende Juso-Landesvorsitzende Frederik Digulla (23) erläutert: „Unsere Praxiswoche ist so bunt wie Schleswig-Holstein selbst. Von Industrieunternehmen bis Bäderbetrieb ist alles dabei. Wir wollen als Jusos Politik nah bei den Menschen machen und dabei in verschiedene Arbeits- und Lebenswelten eintauchen. Erst in der Praxis vor Ort zeigen sich die konkreten Auswirkungen von Politik.“

Frederik Digulla besichtigte das mittelständische Industrieunternehmen Pelz in Wahlstedt. Der Juso-Landesvorsitzende Niclas Dürbrook (24) besuchte eine Altenpflegeeinrichtung in Pönitz am See sowie ein High-Tech-Unternehmen in Scharbeutz (Foto). Die stellvertretende Juso-Landesvorsitzende Delara Burkhardt (22) besuchte einen Bäderbetrieb in Bad Oldesloe.

Diese und weitere Berichte können auf der Homepage der Jusos Schleswig-Holstein

nachgelesen werden: <http://jusos-sh.de/>

Für Frederik Digulla war die Praxiswoche ein voller Erfolg: „Die Menschen freuen sich, wenn Politikerinnen und Politiker mit offenen Augen und Ohren zu ihnen kommen, um ihre Arbeit kennenzulernen. Gleichzeitig lernen wir viel neues über das großartige Engagement der Menschen in Schleswig-Holstein.“ Im nächsten Jahr wollen die Jusos die Praxiswoche noch größer und mit noch mehr Terminen wiederholen. ■



FOTO: JUSOS SH
Tim Dürbrook, Alexander Illing (Geschäftsführender Gesellschafter), Niclas Dürbrook und Julian Stange bei der Firma Nanoproofed in Gleschendorf (v.l.n.r.).

LEITLINIEN FÜR DIE BILDUNGSPOLITIK

In Braunschweig trafen sich im Oktober die Landesvorstände der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) aus Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen zur gemeinsamen Nordkonferenz.

„Wichtig ist, dass die durch die vom Bund übernommene BAFÖG-Finanzierung freiwerdenden Mittel in den Ländern im Bildungsbereich bleiben. Darüber hinaus ist es für eine gesicherte Bildungsfinanzierung in den Ländern unerlässlich, endlich das Kooperationsverbot im Bildungsbereich vollständig abzuschaffen!“, so Meike Jensen, Mitglied des AfB-Bundesvorstandes.

In den Länderberichten zeigten sich viele gute Vor-

bilder, gemeinsame Ziele und engagierte Aktivitäten der Landesvorstände. Andererseits wurde deutlich, wie unterschiedlich die Voraussetzungen und Entwicklungsstände sind.

„Wir brauchen gemeinsame Leitlinien für eine gute Bildungspolitik. Mehr Gemeinsamkeiten und länderübergreifende Abstimmung versachlichen die Diskussionen zu den nötigen Entwicklungen für die Zukunft unserer Länder und geben Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften Sicherheit. Wir wünschen uns beispielsweise einheitliche Namen für die weiterführenden Schulen, um Missverständnisse und unnötige Sorgen zu vermeiden.“, so Ulf Daude, stellvertretende AfB-Bundesvorsitzender. ■

60-PLUS: VORSTAND GEWÄHLT

Anke Rönna bleibt Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft SPD-60-plus. Die Delegierten der Landeskonferenz am 24. September in Neumünster wählten sie mit großer Mehrheit. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Erika Wolletz, Aletta Thies, Kirsten Jordt, Erika Wallbaum, Gerd Brüning, Bernhard Fleischer, Siegfried Reuter und Hans Peter Iversen gewählt. ■

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel.
Redaktion: Dietrich Drescher, Christian Kröning (verantwortlich)
www.spd-sh.de